

Rede I zur zweiten Spontandemonstration nach dem Brand in Moria

Seebrücke Würzburg

15. September 2020

Wie reagieren Merkel und Macron auf all das? Sie erklären sich bereit, 400 unbegleitete Minderjährige aus Moria aufzunehmen. 400 von 4.000 Minderjährigen. 400 von insgesamt 13.000 obdachlosen Menschen auf Lesbos und von über 27.000 Geflüchteten, die insgesamt auf allen griechischen Inseln hausen. Man stelle sich einmal vor, in Berlin würde ein Stadtteil abbrennen, in dem 10.000 Menschen wohnen und die deutsche Regierung würde als Reaktion öffentlich erklären, 300 Menschen davon zu helfen. Eine solche Entscheidung würde Merkel ihren Posten kosten. Wie kann es also eine Lösung sein, 400 unbegleitete Minderjährige von Lesbos aufzunehmen? Wie wenig Wert kann Menschen beigemessen werden, sodass sich Frankreich und Deutschland dazu entschließen dieser lächerlichen Anzahl an Menschen einen Zufluchtsort zu geben, nach der Hölle, die sie auf den griechischen Inseln durchgemacht haben?

Zufluchtsorte bieten europäische Länder allerdings nur, wenn man davon ausgeht, dass Geflüchtete in den Ländern der EU sicher sind. Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte, der erneute politische (Aufstieg) der PEGIDA etc. zeigen deutlich, dass auch innereuropäische Länder alles andere als sicher sind. Die Entscheidungen der Repräsentant:innen der EU-Länder macht außerdem deutlich, dass eben nicht jedes Leben gleich viel wert ist. Die Unterscheidung der Menschen in erste und zweite Klasse wird durch die Debatte um die Anzahl an Menschen, die von EU-Ländern aufgenommen werden sollen, im öffentlichen Rahmen deutlich.

Wenn wir weiterhin stolz sind, teil der EU zu sein, die Menschenrechte ganz direkt mit Füßen tritt, machen wir uns für die Entscheidungen unserer Repräsentant:innen mit verantwortlich. Wenn wir uns nicht gegen die offensichtliche Missachtung der Menschenrechte durch die EU zur Wehr setzen, sind wir Teil der Katastrophe. Vielmehr sind wir die Katastrophe. Wir sind Einwohner:innen eines Landes, das Waffen in Kriegsgebiete exportiert und an der Tötung von Menschenleben nicht nur in Kriegen, sondern auch bei der unterlassenen Hilfeleistung und Kriminalisierung von Seenotrettung beteiligt sind.

Es ist nicht nur unsere Aufgabe, uns für die Aufnahme von Geflüchteten einzusetzen, sondern auch unsere Verantwortung und unsere Pflicht. Dabei ist die Evakuierung der Lager auf den griechischen Inseln alleine nicht die Lösung des

Problems. Wir müssen Druck auf unsere Repräsentant:innen ausüben. Wir müssen uns für die Bekämpfung von Fluchtursachen stark machen und dafür sorgen, dass diese in der Öffentlichkeit nicht weiter verschleiert werden. Wir müssen dagegen aufbegehren, dass Geflüchtete durch illegale Pushbacks auf dem Mittelmeer wieder in die Türkei und andere Transitländer zurückgeschleppt werden.

Und wir müssen uns auch entschuldigen. Wir müssen uns entschuldigen für unsere Repräsentant:innen und für das Leid, das sie mit ihren politischen Entscheidungen bewusst verursachen. Von diesen Entscheidungen müssen wir uns abgrenzen. Es ist schon lange überflüssig, sich mit den Menschen, die von der EU-Politik stummgehalten werden, zu solidarisieren und ihnen eine Stimme zu geben. Nicht zuletzt müssen wir zuhören. Bei den Demos der Geflüchteten auf Lesbos nach dem Brand von Moria wird von den Betroffenen deutlich gerufen: „We don’t want another Moria, we want freedom.“ Wir müssen dafür kämpfen, dass sie die Freiheit genießen können, die ihnen zusteht.